

In den letzten Jahren hat die psychische Belastung der Schweizer Bevölkerung stark zugenommen. Die Gründe dafür sind multifaktoriell und komplex. In wissenschaftlichen Studien werden häufig die jüngsten Krisen wie die Pandemie, Kriege, Klimawandel, die damit verbundene Verunsicherung bezüglich der Zukunft, aber auch finanzielle Sorgen der Menschen, Diskriminierungserfahrungen, Leistungsdruck, hohe Arbeitsbelastung, soziale Isolation oder Social Media als Ursachen genannt.

Dem wachsenden psychotherapeutischen Bedarf steht eine sehr beschränkte Anzahl freier Psychotherapieplätze gegenüber. Die Wartezeiten für ambulante Psychotherapien haben stark zugenommen: Teilweise müssen psychisch Erkrankte bis zu neun Monate auf eine Behandlung warten. Insbesondere bei der Kinder- und Jugendpsychotherapie sind die Wartezeiten sehr lang. Aber auch Migrierte und Geflüchtete und insgesamt sozial benachteiligte Menschen haben es zusätzlich schwer einen Therapieplatz zu finden. Auf doc24.ch, einer in der Suche nach freien Therapieplätzen sehr zentrale Plattform, sind in der Regel gerade ein Prozent der Psychotherapieplätze in Basel-Stadt ohne Wartezeiten verfügbar (Stand 6. August 2024: einer von 445 Therapieplätzen in Basel-Stadt, die auf doc24 registriert sind – also 0.2 Prozent). Der Verband der Psychotherapeut:innen beider Basel (VPB), welcher seit vielen Jahren den Patient:innen bei der Vermittlung von Therapieplätzen hilft, berichtet ähnliche Zahlen: Auf die monatlich ca. drei bis zehn freien Psychotherapieplätze würden rund 350 Anfragen eingehen. Eine kürzlich durchgeführte, nicht-repräsentative Umfrage des VPB unter seinen Mitgliedern ergab, dass jede:r Psychotherapeut:in durchschnittlich 5.19 (SD = 3.06) anfragende Patient:innen pro Woche abweisen muss.

Um die Situation kurz- und mittelfristig zu entschärfen, braucht es mehr Psychotherapeut:innen. Dafür muss der Beruf attraktiver gemacht werden. Zurzeit müssen sowohl angehende psychologische wie auch ärztliche Psychotherapeut:innen nach ihrem mindestens fünf bis sechs Jahre dauernden Studium die anschliessende psychotherapeutische Weiterbildung, welche nochmals mindestens vier bis fünf Jahre in Anspruch nimmt, selbst berappen. Diese durchschnittlich etwa 60'000 Franken können in Kombination mit dem langen Ausbildungsweg von mindestens neun Jahren und dem insbesondere bei Assistenzpsycholog:innen tiefen Lohn abschreckend wirken. Eine psychotherapeutische Weiterbildung sollte nicht nur für privilegierte Psycholog:innen und Ärzt:innen tragbar sein. Eine grössere soziale Diversität unter den Psychotherapeut:innen ist wünschenswert: Je unterschiedlicher die Biographien sowie die soziale und ethnische Herkunft der Menschen in Weiterbildung sind, desto näher sind sie an den Lebensrealitäten der heterogenen Bevölkerungsgruppe, die sie therapieren.

Seit 2012 subventioniert der Kanton Basel-Stadt die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) mit 15'000 Franken pro Jahr für eine 100 Prozent Assistenzpsycholog:innenstelle bzw. mit 24'000 Franken pro Jahr für eine Assistenzärzt:innenstelle. Diese Ungleichbehandlung ist nicht gerechtfertigt. Zudem werden Weiterzubildende in Praxen, anderen Kliniken und Institutionen nicht subventioniert – auch dies bedeutet eine Ungleichbehandlung.

Aufgrund des Problems der fehlenden freien Psychotherapieplätze bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen, um die psychotherapeutische Weiterbildung niederschwelliger zu gestalten: Diese soll für psychologische und ärztliche Assistenzpsychotherapeut:innen in der Art vom Kanton subventioniert werden, dass

- psychologische und ärztliche Assistenzpsychotherapeut:innen in gleichem Masse unterstützt werden;
- alle in Basel-Stadt tätigen Assistenzpsychotherapeut:innen, welche eine vom BAG akkreditierte psychotherapeutische Weiterbildung absolvieren, unterstützt werden – in Kliniken, anderen Institutionen und Praxen gleichermassen;
- für die Weiterzubildenden ein Beitrag von 850 Franken pro Semester, entsprechend den üblichen Semestergebühren an der Universität Basel, an den Weiterbildungskosten selber zu tragen sind.

Amina Trevisan, Melanie Nussbaumer, Christine Keller, Beat Braun, Beda

Baumgartner, Fleur Weibel, Claudia Baumgartner, Nicola Goepfert, Daniela
Stumpf, Brigitte Gysin, Tonja Zürcher, Alexandra Dill